

30. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 14.07.2016

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Gisela Fischer Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Klaus Läßing Johannes Mecke Günter Peischl Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Betina Mäusel Dr. Günther Ernstberger Edith Michal Andreas Post Manuel Prieler	

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen bei der heutigen Sitzung die Gemeinderatsmitglieder Frau Mäusel, Frau Michal, Herr Dr. Ernstberger, Herr Prieler und Herr Post.

Zu Beginn der Sitzung gratuliert der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Kirnberger und Herrn Solfrank nachträglich recht herzlich zum Geburtstag.

Ebenfalls nachträglich gratuliert der Vorsitzende dem Gemeinderatsmitglied Herrn Läßing zu seinem 80. Geburtstag und überreicht zu diesem besonderen Ereignis ein Geschenk der Gemeinde Unterföhring.

Anschließend gibt der Vorsitzende bekannt, dass sich der Gemeinderat für eine Vertagung der Tagesordnungspunkte 8 und 10 der heutigen öffentlichen Sitzung ausgesprochen hat und diese daher nicht behandelt werden.

Nachdem keine weiteren Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende um 19:33 Uhr die Sitzung.

414 20 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 20 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.06.2016, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

415 20 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Auf den Beschluss der heutigen nichtöffentlichen Sitzung (*Tagesordnungspunkt 3; Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen*) wird verwiesen.

Die in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse vom 16.03.2016 Nr. G374 sowie vom 12.05.2016 Nr. G405 werden in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und sind damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

AZ 024
Hauptamt

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

416 20 **Asylbewerberunterbringung in Unterföhring; aktueller Sachstand**

Der Vorsitzende gibt bekannt bzw. erinnert

- a) an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 29.09.2015, Nr. 211, mit welchem dem Antrag der HWZ Projekte GmbH, Unterschleißheim, zur Errichtung einer auf zehn Jahre befristeten Asylbewerberunterkunft in Holzbauweise zugestimmt wurde. Er erinnert weiterhin an die Bekanntgabe im Gemeinderat in der Sitzung am 10.12.2015, mit der mitgeteilt wurde, dass der Bauantrag durch das zuständige Landratsamt München genehmigt wurde und schnellstmöglich mit dem Bau begonnen werden soll.
- b) an die E-Mail des Herrn Thomas Zeitler, HWZ, an die Gemeinde vom 06.06.2016 bekannt, mit welcher auf E-Mail-Nachfrage vom 01.06.2016 Folgendes bekannt gegeben wird:
- ☐ Zusage der Uniper zur Nutzung der Abwasserinfrastruktur liegt vor
 - ☐ Fundamente sollen bis Ende Juni fertig werden.
 - ☐ Firma Rubner wurde mit der Erstellung der Gebäude beauftragt
 - ☐ In der ersten oder zweiten Juli-Woche beabsichtigt die Fa. Rubner mit der Aufstellung der Gebäude am Grundstück zu beginnen.

Einige Fotos mit dem aktuellen Fortschritt der Bauarbeiten werden in der Sitzung gezeigt.

- c) an die Pressemitteilung des Landratsamts München vom 15.06.2016, die den Gremiumsmitgliedern mit Mail vom 16.06.2016 weitergeleitet wurde. Darin informiert der Landkreis, dass die Regierung von Oberbayern u.a. die Unterkunft in Unterföhring zur Errichtung, Fertigstellung und künftigen Nutzung freigegeben hat.
- d) an die Mail von Herrn Gemeinderat Weingärtner vom 18.05.2016, gerichtet an die Verwaltung, in der Herr Weingärtner um Informationen zu folgenden Aspekten bittet:
- wie und wann wird die Fuß- und Radwegebrücke über den Isarkanal umgesetzt?
 - wie ist der Sachstand bezüglich ergänzender Sicherungsmaßnahmen an der Bahnstrecke?
 - kann die Gemeinde Kontakt zum staatl. Bauamt Freising aufnehmen, um eine Querungshilfe Münchner Straße / Bauhofstraße zu schaffen?
 - Welche Verbesserungsmaßnahmen für die Fußgänger- und Radwegesituation in der Bauhofstraße sind vorgesehen?

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- Wie wird die Abwasserproblematik für die Unterkunft an der Bauhofstraße gelöst?
 - Wie ist der jetzige Standort für die Asylunterkunft hinsichtlich des von der HWZ geplanten Handerwerkerhofes zu sehen?
- e) dass Herr Stephan Kalis, Anwohner in der Bauhofstraße 8, mit Antrag vom 10.06.2016, eingegangen bei der Gemeinde am gleichen Tage, beim Gemeinderat Folgendes beantragt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Errichtung einer kombinierten Fuß- und Radwegbrücke über den Mittleren Isarkanal, zwischen Römerweg und Bauhofstraße, zeitgleich mit oder unmittelbar der Baumaßnahme der Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße folgend.
2. Sicherung der Asylbewerberunterkunft zur S-Bahnanlage der S8 zwischen Querung Bauhofstraße und Mittlerem Isarkanal durch geeignete bauliche Maßnahmen, zeitgleich mit oder unmittelbar der Baumaßnahme der Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße folgend.
3. Die Sicherung der Straßeneinmündung Bauhofstraße in die Münchner Straße durch ggf. Errichtung einer Fußgängerampel, Ausweisung eines Fußgängerüberwegs, zeitgleich mit oder unmittelbar der Baumaßnahme der Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße folgend (unter Berücksichtigung und in Verantwortung der Planungshoheiten und Zuständigkeiten).
4. Die Erstellung einer neuen Fahrbahnoberfläche in der Bauhofstraße als Erschließungsstraße von der Münchner Straße bis zum Bahnübergang der S-Bahnlinie S8, die Herstellung eines durchgängig kombinierten Geh- und Radweges, mindestens jedoch eines Gehweges, an der südlichen Seite der Straßenführung der Bauhofstraße, zeitgleich oder unmittelbar der Errichtung der Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße folgend.

Zu den aufgeworfenen Fragen und angesprochenen Aspekten rund um die Asylbewerberunterkunft kann Folgendes mitgeteilt werden:

Bezüglich der Errichtung einer kombinierten Fuß- und Radwegbrücke über den Mittleren Isarkanal

(Buchstabe d) erster Spiegelstrich und Buchstabe e) Nr. 1):

Es wird auf den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 29.09.2015, Nr. 211, verwiesen, mit welchem das Gremium dem Antrag der HWZ Projekte GmbH, Unterschleißheim, zur Errichtung einer Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße vom 22.09.2015, eingegangen bei der Gemeinde am 23.09.2015, unter anderem unter folgender Maßgabe zugestimmt hat: „Der Bauausschuss bringt die Anregung ein, dass eine kurze Anbindung über den MIK (Mittlerer Isar-Kanal) der sich nicht im Eigentum der Gemeinde befindet, an der Bauhofstraße geprüft werden soll. Damit könnten

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

kürzere Wege zu bestehenden Einrichtungen (Kinderbetreuung etc.) geschaffen werden.“

Zwischenzeitlich wurde diesbezüglich bei der Corporate Real Estate Management Uniper um Stellungnahme gebeten. Der Bürgermeister gibt hierzu das E-Mailschreiben der Corporate Real Estate Management Uniper vom 02.06.2016 bekannt. Es wird mitgeteilt, dass aus betrieblicher Sicht mit dem Neubau einer Fuß- und Radwegbrücke auf Höhe des Umspannwerkes Isarau unter folgenden technischen Bedingungen Einverständnis besteht:

- Die Unterkante des Überbaus der Brücke muss in Kanalmitte auf mindestens 6 m Breite einen lichten Abstand zum höchsten Betriebswasserspiegel von 3,00 m aufweisen (Durchfahrt von Arbeitsschiffen). Der höchste Betriebswasserspiegel an dieser Stelle liegt bei NN+ 499,65 m.
- Der ungehinderte Durchgang auf den Betriebswegen beidseitig des Kanals muss weiterhin möglich sein. Daher sind z. B. im Brückenwiderlager Durchgänge mit 3,00 m lichter Höhe und 3,00 m lichter Breite einzurichten.
- Die entlang des Kanals verlaufenden Nachrichtenkabel sind beim Bau zu sichern.
- Holzbrückenkonstruktionen sind aufgrund des Unterhaltungsaufwands und geringer Erfahrungswerte nicht zu empfehlen.

Die Kosten für die Errichtung der kombinierten Fuß- und Radwegbrücke über den Mittleren Isarkanal müssten Seitens der Gemeinde getragen werden.

Bezüglich Sicherung der Asylbewerberunterkunft zur S-Bahnanlage (Buchstabe d) zweiter Spiegelstrich und Buchstabe e) Nr. 2):

Es wird auf die Stellungnahme der DB Bahn AG DB Immobilien Region Süd vom 07.12.2015 verwiesen, die im Rahmen der erforderlichen Nachbarbeteiligung eingereicht wurde. Hier wurde dem Vorhaben unter anderem unter folgender Maßgabe zugestimmt: „Der Bauherr ist angehalten das Grundstück im Interesse der öffentlichen Sicherheit - auch im Interesse der Sicherheit der auf seinem Grundstück verkehrenden Personen - derart einzufrieden, dass ein gewolltes oder ungewolltes Betreten der Bahnanlagen verhindert wird.“ Eine Einfriedung des Grundstücks seitens Eigentümer ist bereits erfolgt. Darüber hinaus sind keine weiteren Maßnahmen zu ergreifen.

Bezüglich Sicherung der Straßeneinmündung der Bauhofstraße in die Münchner Straße (Buchstabe d) dritter Spiegelstrich, Buchstabe e) Nr. 3):

Es wurde beim Staatlichen Bauamt Freising als Straßenbaulastträger der St 2053 mit E-Mail-Schreiben vom 30.06.2016 angefragt.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit E-Mail vom 06.07.2016 sowie 07.07.2016 teilte das Staatl. Bauamt Freising mit, dass gemäß dem Merkblatt für die Anlage von Kreisverkehren diese in der Regel nicht in Frage kommen, wenn besondere Anforderungen an die Sicherung des Fußgänger- und Radverkehrs gewünscht sind und wenn die ungleiche Verkehrsbedeutung der kreuzenden Straßen die gleichberechtigte Verknüpfung der Knotenpunktarme ausschließt. Aus der Sicht des Staatlichen Bauamtes Freising stellt daher ein Kreisverkehr nicht die richtige Knotenpunktform für die oben genannte Kreuzung dar. Gleiches gilt für eine Fußgänger-Lichtzeichen-Anlage. Die Beurteilung, ob eine Signalisierung erforderlich ist, erfolgt auf der Basis der Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ). Demnach sollen Fußgänger-Lichtzeichenanlagen nur eingerichtet werden, wenn eine andere Überquerungshilfe nicht in Frage kommt, z.B. weil diese keinen ausreichenden Schutz verspricht oder Kindern, alten Menschen und Behinderten kein angstfreies Überqueren der Fahrbahn ermöglicht. Die verkehrlichen Voraussetzungen für die Anordnung einer Fußgänger-Lichtzeichenanlage sind mindestens 50 querende Fußgänger und gleichzeitig eine Verkehrsbelastung der Staatsstraße von mehr als 450 Kfz/h. Die nördlich der oben genannten Kreuzung und innerhalb der verkehrsrechtlichen Ortsdurchfahrt befindliche bauliche Querungshilfe sei nach diesen objektiven Maßstäben auch für die künftigen Entwicklungen ausreichend. Aus der Sicht des Staatlichen Bauamtes Freising sind daher derzeit keine weiteren Maßnahmen, die das Queren der Staatsstraße für Fußgänger und Radfahrer erleichtern, notwendig.

Bezüglich Erstellung einer neuen Fahrbahnoberfläche sowie der Rad- bzw. Fahrradwegesituation in der Bauhofstraße

(Buchstabe d) vierter Spiegelstrich und Buchstabe e) Nr. 4):

Es wird ebenfalls an den Beschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 29.09.2015, Nr. 211 erinnert, mit welchem das Gremium dem Antrag der HWZ Projekte GmbH zur Errichtung einer Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße vom 22.09.2015, eingegangen bei der Gemeinde am 23.09.2015, unter anderem unter folgender Maßgabe zugestimmt hat:

„Die Herstellung der Erschließungsstraße von der Münchner Straße bis zum Bahnübergang der S-Bahnlinie S8 mit einem durchgängig kombinierten Geh- und Radweg (kein Asphalt-Belag zwingend erforderlich) an der südlichen Seite der Straßenführung muss gesichert werden. Die Kosten der notwendigen Erschließungsmaßnahmen sind vom Antragsteller vollumfänglich zu tragen.“

Diesbezüglich steht die Gemeinde bereits mit der HWZ Projekte GmbH in Kontakt; konkrete Maßnahmen befinden sich bereits in der Vorbereitung.

Bezüglich Abwasserproblematik

(Buchstabe d) fünfter Spiegelstrich):

Es wird auf Buchstabe b) des Sachverhalts verwiesen. Eine Zusage der Firma Uniper zur Nutzung der Abwasserinfrastruktur liegt der Firma HWZ vor.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bezüglich etwaiger Auswirkungen auf die Planungen eines Handwerkerhofes (Buchstabe d) sechster Spiegelstrich):

Es wird auf den Beschluss aus dem Gemeinderat vom 20.05.2015, Nr. 227, verwiesen, mit welchem dem Antrag der HWZ zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die Realisierung eines Handwerker- und Kleingewerbeparks an der Bauhofstraße unter Berücksichtigung von verschiedenen Eckpunkten zugestimmt wurde. Die Verwaltung wurde ermächtigt, alle erforderlichen Schritte „zu gegebener Zeit“ in die Wege zu leiten.

Die HWZ plant nach Ablauf des zehnjährigen Nutzungszeitraumes der temporären Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße, Fl.Nrn. 568 und TF 569, die Planungen für die Nachfolgenutzung zu gegebener Zeit aufnehmen zu können.

Zusätzliche Informationen zur Auflösung der Traglufthalle Unterföhring und Belegung der Asylbewerberunterkunft

Der Vorsitzende gibt die Planung des Landratsamts München bekannt, dass die Auflösung der Notfallunterbringung in der Traglufthalle Unterföhring bis Ende November 2016 erfolgen soll.

Die der Traglufthalle zugewiesenen und darin untergebrachten Personen sollen im Zuge dieser Auflösung weitestgehend in die Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße umverteilt werden und somit in Unterföhring verbleiben. Der Betrieb der Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße soll im September 2016 starten.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab Herr Zeitler aus Sicht der HWZ Projekte GmbH, Unterschleißheim einen aktuellen Sachstandsbericht wieder und stand dem Gremium für Fragen zur Verfügung.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 463
Hauptamt

417 20 **Neubau Volkshochschule mit Musikschule Unterföhring; Vorstellung der Vorplanung (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses)**

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke ist im Sinne des Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung persönlich beteiligt und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 12.05.2016, Nr. 395, in Erinnerung, mit welchem der vorgelegten Planung der Arbeitsgemeinschaft hirner & riehl architekten und stadtplaner BDA, München,

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, kauba architektur, München, Stand 28.04.2016, mit folgenden Anregungen und Ergänzungen zugestimmt wurde:

Es ist durch das Kulturamt der Gemeinde Unterföhring ein Nutzungskonzept unter der Einbindung der Volkshochschule und der Musikschule auszuarbeiten.

Nach Einarbeitung vorgenannter Anmerkungen und Änderungen erhält die Planung den Planstand 13.05.2016, auf dessen Grundlage die weitere Planung fortzuführen und dem Gemeinderat in Form der Entwurfsplanung mit Kostenberechnung nach DIN 276 zur Entscheidung vorzulegen ist. Eine Nutzung unter Maßgabe der Versammlungsstättenverordnung ist in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass für die Haushalts- und Finanzplanung (2016 – 2019) für dieses Projekt Grobkosten in Höhe von 21 Mio € ein-gestellt wurden.

Durch die Architekten und Fachplaner wurde am 10.06.2016 gem. Terminplan die erste Kostenschätzung vorgelegt. Diese wurde durch die Projektsteuerung Hitzler Ingenieure geprüft.

Die entsprechenden Kostenschätzungen wurden zusammen mit den Planern, der Projektsteuerung und der Projektleitung am 21.06.2016 besprochen und entsprechend aufbereitet. Folgende Kosten wurden zwischen Planern und der Projektsteuerung erörtert und stellen sich wie Folgt dar:

Gesamtkosten Kostenschätzung Stand vom 24.06.2016

KGr	Bezeichnung	Kosten [€] brutto
200	Herrichten und Erschließen	87.390,00 €
300	Bauwerk - Baukonstruktion	13.081.426,48 €
400	Bauwerk – Technische Anlagen	4.867.168,15 €
500	Außenanlagen	1.877.445,70 €
600	Ausstattung und Kunstwerke	605.224,00 €
Kostengruppe 200- 600 Gesamt		20.518.654,33 €
700	Baunebenkosten	5.129.366,59 €
Kostengruppe 200- 700 Gesamt		25.648.020,92 €

Der 1. Prüfbericht zur Vorplanung und Kostenschätzung, Stand 24.06.2016, wurde in der vergangenen Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses am 28.06.2016 durch den planenden Architekten, Herrn Riehl, sowie durch Projektsteuerung Hitzler Ingenieure, Herr Wagner, erläutert und alle aufgetretenen Fragen beantwortet.

Mit Beschluss des Bau- Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 28.06.2016, Nr. 269, wurde dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Den vorgelegten Vorplanungen, Stand 24.06.2016, der Gebäude-, Freianlagen- und Fachplanungen zu Leistungsphase 2 HOAI 2013 wird unter folgen-den Anregungen und Anmerkungen zugestimmt:

- ☐ Im Rahmen der weiteren Planung sind Einsparungsvorschläge (z.B. Brunnenanlagen) aufzuzeigen und zur Entscheidung vorzubereiten. Hierbei sind die Nutzer mit einzubeziehen.
- ☐ Der Variante 1 des planenden Architekten der Arbeitsgemeinschaft hirner & riehl architekten und stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, kauba architektur, München, zur Ausführung der Rampenüberdachung der Tiefgarage als Sitztreppe wird zugestimmt.
- ☐ Der Empfehlung des planenden Ingenieurbüros Planungsbüro Bummer Hof Planungs-GmbH, Bad Kötzing, zur Reduzierung auf ein Heiz- und Kühlsystem, entfall von Heizkörpern, Beheizung und Kühlung Gebäude über Flächenheizsystem wie Fußbodenheizung (Variante 2a vom 24.06.2016) sowie der dargelegten Kosteneinsparung wird zugestimmt. Dabei wird ausdrücklich festgelegt, dass bei 32° Außentemperatur eine Innenraumtemperatur von 26° erreicht wird.
- ☐ Zur Entscheidung über die Realisierung einer Photovoltaikanlage ist durch das planende Ingenieurbüro R. Wieder GmbH, Erding, eine Amortisationsberechnung vorzulegen. Hierbei sind die Auslastung der Anlage auf Grundlage allgemeiner Angaben sowie die bisherige Erfahrung des planenden Büros zu Grunde zu legen.
- ☐ Dem Nutzerwunsch auf öffentbare Fenster wird entsprochen.
- ☐ Darüber hinaus sind die weiteren seitens Haustechnik ELT und HLS vorgeschlagenen und im Prüfbericht der Projektsteuerung Hitzler Ingenieure vom 24.06.2016 aufgezeigten Einsparpotentiale nicht zu berücksichtigen.

Auf Grundlage der vorgelegten Vorplanung und unter Berücksichtigung der vorgenannten Anregungen und Anmerkungen ist die Planung unter Einbeziehung der Nutzer fortzuführen und als Entwurfsplanung mit Kostenberechnung nach DIN 276 dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.

Der 1. Prüfbericht zur Vorplanung und Kostenschätzung der Hitzler Ingenieure, München, vom 24.06.2016, überarbeitet 28.06.2016, wurde dem Gremium zugestellt.

Ergänzend zum Prüfbericht wurden folgende Vorplanungen mit Erläuterungsberichten den Fraktionen zugestellt:

- ☐ Gebäudeplanung: Arbeitsgemeinschaft hirner & riehl architekten und stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, kauba architektur, München,
- ☐ Freianlagen: Arbeitsgemeinschaft hirner & riehl architekten und stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, kauba architektur, München,

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

- ☐ Heizung – Lüftung – Sanitär (HLS) Planung: Planungsbüro Bummer Hof Planungs-GmbH, Bad Kötzing,
- ☐ Elektroplanung (ELT): Ingenieurbüro R. Wieder GmbH, Erding
- ☐ Tragwerksplanung (TWP): Planungsbüro Mayr/Ludescher /Partner Beratende Ingenieure, München

Antrag zur Geschäftsordnung; Schließung der Rednerliste

Nach ausgiebiger Diskussion im Gremium stellt das Gemeinderatsmitglied Herr Peischl einen Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 22 Abs. 3 auf Beendigung der Rednerliste. Zu diesem Zeitpunkt war noch eine Wortmeldung registriert.

Der Vorsitzende lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss: 19 : 0

Nach der registrierten Wortmeldung wird die Rednerliste geschlossen.

Antrag zur Geschäftsordnung; Ergänzungsantrag

Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl stellt einen Ergänzungsantrag zur Geschäftsordnung gemäß § 22 Abs. 3. Dieser lautet wie folgt:

„Zur nächsten Gemeinderatssitzung soll eine Vergleichsübersicht vorgelegt werden, die die Unterschiede zwischen den Kosten mit den Vorgaben der Versammlungsstättenverordnung (VStättV) einerseits und den Kosten ohne Vorgaben der VStättV aufzeigt.“

Der Vorsitzende lässt über diesen Ergänzungsantrag abstimmen.

Beschluss: 7 : 12

Nachdem der Ergänzungsantrag keine Mehrheit gefunden hat, lässt der Vorsitzende über den eigentlichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 17 : 2

Das Gremium schließt sich der Empfehlung des Bau- Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 28.06.2016, Beschluss Nr. 269 vollinhaltlich an.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke ist im Sinne des Art. 49 Abs. 2 der Gemeindeordnung persönlich beteiligt und hat an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teilgenommen.

AZ 621
Bauamt

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

418 20 **Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung einer mobilen Eislauffläche auf dem Bürgerhaus-Vorplatz**

Der Erste Bürgermeister Andreas Kemmelmeier gibt den Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2016 zur Errichtung einer mobilen Eislauffläche auf dem Bürgerhaus-Vorplatz bekannt.

Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag wie folgt:

„Gerade in den Weihnachtsferien bietet sich die Belegung des Bürgerhaus-Vorplatzes durch eine Attraktion wie eine Eislauffläche an. Sie kann von allen Unterföhringer Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden. Denkbar wäre auch eine zusätzliche, separate Bahn, die den Eisstockschiützen zur Verfügung gestellt wird.

Es gibt mittlerweile energieneutrale Schlittschuhbahnen, die weder Strom noch Wasser benötigen. Das bedeutet nicht nur einen leichteren Auf- und Abbau sondern auch eine geringe Belastung sowohl bei den Kosten als auch im Hinblick auf die Umwelt. Außerdem besteht keine Abhängigkeit von den Außentemperaturen und auch die statische Belastung ist weitaus gering als bei normalen Eislaufflächen.

Unter www.erento.de können solche mobilen Eislaufflächen (von 50m² bis 600m²) gemietet werden. Der Auf- und Abbau erfolgt durch den Vermieter.

Denkbar wäre auch eine Kooperation mit den örtlichen Vereinen (Glühweinverkauf, Grillstände etc.), wenn dies gewünscht wird.“

Seitens der Verwaltung wird darauf verwiesen, dass bezüglich der Außenanlagen des Bürgerhauses (Terraway-Belag und Sprudler) und der Undichtigkeit der Tiefgarage noch verschiedene Verfahren anhängig sind.

Weiterhin wäre noch vor der Entscheidung über eine Aufstellung einer mobilen Eislauffläche mit den Herstellern zu klären, inwieweit die Großformatplatten des Bürgerhausplatzes Spannungen, resultierend aus den Temperaturunterschieden zwischen Oberfläche (Eisfläche) und Unterseite (TG), aufnehmen können. Hierzu liegt der Hinweis des öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für die Außenanlagen des Bürgerhauses – Herrn Hans Walter Kopp – vor.

Antrag zur Geschäftsordnung; Schließung der Rednerliste

Nach ausgiebiger Diskussion im Gremium stellt das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke einen Antrag zur Geschäftsordnung gemäß § 22 Abs. 3 auf Beendigung der Rednerliste. Zu diesem Zeitpunkt waren noch zwei Wortmeldungen registriert.

Der Vorsitzende lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 20 : 0

Nach den registrierten Wortmeldungen wird die Rednerliste geschlossen.

Im Verlauf der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird Seitens der SPD-Fraktion der Antrag insoweit zurückgezogen, als wie eine Vorbehandlung durch den Jugend- und Kulturausschuss erfolgen soll.

Aus der Mitte des Gremiums findet dies Zustimmung, weshalb in der heutigen Sitzung des Gemeinderats keine Beschlussfassung veranlasst ist.

AZ 3
Kulturamt

419 20 **Gymnasium Unterföhring; Zweckvereinbarung mit dem Landkreis München**

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss Nr. 313 der Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2016.

Die Gemeinde Unterföhring und der Landkreis München sollen gemäß Art. 7 ff. Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) eine Zweckvereinbarung hinsichtlich des neuen Gymnasiums in Unterföhring schließen.

In der Zweckvereinbarung werden die jeweiligen Aufgaben der Vertragspartner (Landkreis München und Gemeinde Unterföhring) geregelt, insbesondere die Trägerschaft des Schulaufwands nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz, die anteilige Kostentragung beim einmaligen und laufenden Schulaufwand sowie bei Baumaßnahmen.

Eine Muster-Zweck-Vereinbarung wurde den Mitgliedern des Gremiums in der Sitzung des Gemeinderates am 14.01.2016 zur Verfügung gestellt und zeitgleich der Bürgermeister ermächtigt, die Zweckvereinbarung mit dem Landkreis München zu schließen.

Die Zweckvereinbarung wurde vom Landkreis inhaltlich modifiziert, sodass die Unterzeichnung in der dem Gemeinderat bekannten Fassung nicht mehr möglich war.

Mit Nachricht (Email) vom 02.06.2016 hat das Landratsamt München nun einen ausgearbeiteten Entwurf der inzwischen geänderten Zweckvereinbarung hinsichtlich des neuen Gymnasiums in Unterföhring übersandt.

Dieser (Arbeits-) Entwurf wurde im Vorfeld der heutigen Sitzung des Gemeinderates den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Kreistag des Landkreises München wird in seiner Juli-Sitzung ebenfalls über die gemeinsame Unterzeichnung dieser Zweckvereinbarung beraten und beschlussfassen.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Entwurf der Zweckvereinbarung hinsichtlich des neuen Gymnasiums in Unterföhring (Stand 02.06.2016) zur Kenntnis und stimmt diesem zu.

Der Erste Bürgermeister wird entsprechend zur Unterzeichnung ermächtigt.

AZ 213
Hauptamt

420 20

Schulcampus Unterföhring; Gymnasium mit 2. Grundschule und Tiefgarage;
Sachstand, Benennung der Teilnehmer für den Lenkungskreis und Vorbereitungen zur Auswahl des Architekten; Freigabe des Bekanntmachungstextes im Eu-Amtsblatt

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.01.2016, Nr. 313, in Erinnerung. Hier wurde u.a. dem von Herrn Durner vorgestellten Konzept vollumfänglich zugestimmt und der Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen, dass die Ausbildungsrichtung sprachlich und naturwissenschaftlich-technologisch ist, und durch eine medienorientierte sowie musisch-musikalische Schwerpunktsetzung ergänzt wird. Dabei ist der inklusionsorientierte Ansatz insbesondere hinsichtlich Hörbehinderung zu berücksichtigen.

Aus diversen Vorgesprächen zur Planung und Realisierung des Schulcampus in Unterföhring, ist die Anregung entstanden, einen sog. Lenkungskreis einzurichten, in der Vertreter der beteiligten Institutionen vertreten sind. Hier sollen möglichst alle Aspekte, die für die Planung und Realisierung des Unterföhringer Schulcampus relevant sind, von den jeweiligen Fachleuten zusammengetragen, bewertet und formuliert werden. Diese sollen dann in die Vorgaben und Rahmendaten des Projektes für die jeweiligen Planungsbüros aufgenommen werden.

Gerade die Komplexität eines solch umfangreichen Projektes mit all seinen besonderen Aspekten, die bereits zum großen Teil im Grobkonzept von Herrn Durner (Wissenschaftsbeauftragter des Landkreises München) festgehalten sind (z.B. die Themen Inklusion, medienorientierter Ansatz, mögliche Mehrfachnutzungen, Ganztagesangebote etc. -> sinnvolle bauliche Umsetzung und Gestaltung des Campus), macht eine inhaltlich abgestimmte Vorbereitung sinnvoll.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Lenkungskreis wird bei Bedarf zusammenkommen, um inhaltliche Rahmendaten zu entwickeln (ca. 1 – 2 mal pro Jahr).

Der Bürgermeister bringt in Erinnerung, dass zur ersten Abfrage bestimmter Anregungen ein Fragebogen vorbereitet wurde. Dieser Fragebogen wurde dem Gremium und an folgende Beteiligte zugestellt:

- ☐ Bayer. Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
(Ministerialbeauftragter für die Gymnasien in Oberbayern-Ost)
- ☐ Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration
(Büro der Beauftragten der Bayer. Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung)
- ☐ Schulleitung der Grundschule Unterföhring,
- ☐ Vertreter des Trägers der schulischen Nachmittagsbetreuung
(AWO – Bezirksverband Oberbayern, Leitungen der örtl. Horte, Fachbereichsleitung der AWO-Zentrale)
- ☐ Landratsamt München
(Vertreter der zuständigen Abteilung)
- ☐ Wissenschaftsbeauftragter des Landkreises München
(Herr Durner)
- ☐ Mitglieder des Gemeinderates

Dem Gremium ist zudem bereits ein erster Entwurf des EU-weiten Bekanntmachungstextes zugestellt worden.
Dieser soll durch die Ergebnisse des Lenkungskreises ergänzt werden.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat spricht sich für folgende Besetzung des Lenkungskreises für den Schulcampus Unterföhring aus:

- ☐ Bayer. Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
(Ministerialbeauftragter für die Gymnasien in Oberbayern-Ost)
- ☐ Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration
(Büro der Beauftragten der Bayer. Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung)
- ☐ Schulleitung der Grundschule Unterföhring,
- ☐ Vertreter des Trägers der schulischen Nachmittagsbetreuung
(AWO – Bezirksverband Oberbayern, Leitungen der örtl. Horte, Fachbereichsleitung)
- ☐ Landratsamt München
(Vertreter der zuständigen Abteilung)
- ☐ Wissenschaftsbeauftragter des Landkreises München
(Herr Durner)
- ☐ Erster Bürgermeister

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- ☐ Folgende Mitglieder des Gemeinderates:
 - Frau Fister (stellv. Frau Schödl) für die SPD-Fraktion
 - Herr Mecke (stellv. Frau Fischer) für Bündnis90/Die Grünen
 - Frau Rader (stellv. Herr Dr. Ernstberger) für die PWU-Fraktion
 - Frau Mäusel (stellv. Herr Solfrank) für die CSU-Fraktion
- ☐ Projektsteuerer
- ☐ Vertreter der Gemeindeverwaltung
(Hauptamt, Bauabteilung)

Weiter stimmt der Gemeinderat dem vorgelegten EU-weiten Bekanntmachungstext (Stand 12.7.2016) für den Neubau des Schulcampus Unterföhring zu.

Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten

AZ 611
Bauamt

421 20 **Sportpark Unterföhring; Vorbereitungen zur Auswahl des Architekten; Freigabe des Bekanntmachungstextes im Eu-Amtsblatt**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch Beschluss in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates abgesetzt und zurückgestellt.

Eine Beratung und Beschlussfassung ist in der heutigen Sitzung daher nicht veranlasst.

AZ 611
Hauptamt

422 20 **Festlegung der Gebietskategorie zur Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte (UFO) für die Neuaufstellung (Aktualisierung) des Flächennutzungsplans**

Der Bürgermeister erläutert dem Gremium dass die Unterföhringer Ortsmitte in der aktuellen Fassung des Flächennutzungsplanes als Mischgebiet (Nahversorger, Büronutzung, Wohnen und kommunale Verwaltung) und Fläche für Gemeinbedarf (VHS und Musikschule) dargestellt ist. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 84/16 (für den Teilbereich Realisierungsteil) wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.03.2016, Nr. 373, gefasst.

Außerdem wird auf den Gemeinderatsbeschluss vom 10.12.2015, Nrn. 309, hingewiesen, nachdem das Rathaus in die Unterföhringer Ortsmitte verlegt werden soll.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Das Architekturbüro Hirner und Riehl, München, sowie der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München haben den Bebauungsplanentwurf Nr. 84/16 in der Gemeinderatsvorinformation am 11.07.2016 vorgestellt und die Fragen aus dem Gremium ausführlich beantwortet.

Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 84/16 ergeben sich nun folgende Aspekte:

- ☐ Der Wohnanteil innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (Realisierungsteil) ist nicht ausreichend hoch, um die Festsetzung als Mischgebiet zu rechtfertigen.
Auf Bebauungsplanebene kann der Wohnanteil des Ideenteils nicht herangezogen werden.
- ☐ Auch das vorgesehene Maß der Nutzung ist mit der Festsetzung als Mischgebiet wegen einer zu hohen Dichte nicht vereinbar.

Der Vorsitzende erinnert an die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 12.05.2016, in welcher die Festlegung der Gebietskategorie auf der Tagesordnung stand. Das Thema Kerngebiet wurde mit Beschluss Nr. 396 zurückgestellt.

Nach erneuter Rücksprache mit dem zuständigen Landratsamt München, gibt der Bürgermeister die E-Mail von Frau Gnyp vom 19.05.2016, bekannt, mit welcher diese mitteilt, dass den Gebietscharakter eines Kerngebietes Handelsbetriebe, sowie zentrale Einrichtungen der Wirtschaft und der Kultur prägen (siehe §7 Abs. 1 BauNVO). Nach den bekannten, im Geltungsbereich vorgesehenen Nutzungen (Musik-/Volkshochschule, evtl. Rathaus oder sonstige Verwaltungen, nicht großflächiger Einzelhandel, verschiedene Dienstleistungen, untergeordnet Wohnen) handelt es sich eher um kleinteilige Nutzungen, die z. B. auch im Mischgebiet (abgesehen vom mangelnden Wohnanteil) zulässig wären. Diese eher "untergeordneten Nutzungen" seien zwar in einem Kerngebiet durchaus zulässig, sie prägen jedoch nicht dessen Gebietscharakter. Außerdem sei im konkreten Fall auch die Fläche des Plangebiets zu gering, um die geforderten zentralen Einrichtungen unterzubringen.

Die Festsetzung als Kerngebiet im Flächennutzungsplan ist somit nicht möglich.

Aus diesem Grund werden seitens des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München folgende Gebietskategorien vorgeschlagen:

- ☐ Der nordwestliche Teilbereich (Fl.Nrn. 186/2 und 186/14), in dem das Rathaus –Standort vorbehaltlich der Zustimmung im Gemeinderat- und die Kinderbetreuung sowie soziale Einrichtungen untergebracht werden sollen, ist als Fläche für Gemeinbedarf festzusetzen.
- ☐ Im nordöstlichen Teilbereich (Fl.Nr. 201) ist gemäß der vorliegenden Planung die Festsetzung „Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Einzelhandel, Dienstleistungen und Wohnen“ sinnvoll.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- ☐ Im südöstlichen Teilbereich (Fl.Nr. 202), in dem die VHS und die Musikschule beherbergt werden sollen, ist die Festsetzung Fläche für Gemeinbedarf unproblematisch.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat folgt dem Vorschlag des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München und spricht sich für die Festsetzung folgender Gebietskategorien im Flächennutzungsplan aus:

- ☐ Nordwestlicher Teilbereich Fl.Nrn. 186/2 und 186/14 (Rathausstandort, soziale Einrichtungen und Kinderbetreuung): Fläche für Gemeinbedarf
- ☐ Nordöstlicher Teilbereich Fl.Nr. 201: Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Einzelhandel, Dienstleistungen und Wohnen
- ☐ Südöstlicher Teilbereich Fl.Nr. 202 (VHS und Musikschule): Fläche für Gemeinbedarf

AZ 6100
Bauamt

423 20 **Bebauungsplan Nr. 84/16 zur Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte; Billigung des Planentwurfs**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch Beschluss in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates abgesetzt und zurückgestellt.

Eine Beratung und Beschlussfassung ist in der heutigen Sitzung daher nicht veranlasst.

AZ 611
Hauptamt

424 20 **Halbjahresbericht über die Haushaltsentwicklung 2016**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern ein Bericht über die Haushaltsentwicklung zum 30.06.2016 ausgehändigt wurde.

Der Bericht wird bekannt gegeben.

Der Bericht vom 06.07.2016 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

-siehe Beilage-

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

AZ 941
Finanzen

425 20 **Gemeinsamer Antrag der Grundschule Unterföhring und des KJR
München-Land auf Einrichtung zusätzlicher Stellen für die
Schulsozialarbeit und die gebundene Ganztageschule**

Mit Schreiben vom 21.06.2016 (Eingang 23.06.2016) wurde ein gemeinsamer Antrag des Kreisjugendrings München-Land (KJR) und der Grundschule Unterföhring auf Einrichtung zusätzlicher Stellen für die Schulsozialarbeit und die gebundene Ganztageschule eingereicht.

Das Schreiben wurde von Herrn Schwarz (Bereichsleitung KJR), Herrn Schramm (Sozialraumleitung KJR Unterföhring) sowie von Frau Hillen (Schulleitung Grundschule Unterföhring) unterzeichnet und den Mitgliedern des Gemeinderates im Vorfeld zur heutigen Sitzung bekanntgemacht.

Der Antrag lautet wie folgt:

„hiermit beantragen wir die Einrichtung zusätzlicher Stellen für die Gebundene Ganztageschule sowie die Sozialarbeit an der Grundschule Unterföhring für die Schuljahre 2016/2017 und 2017/2018.

Für die gebundene Ganztageschule an der Grundschule Unterföhring beantragen wir für das kommende Schuljahr eine 100 % Stelle. Diese könnte auch mit zwei Teilzeitkräften mit jeweils 50 % besetzt werden. Für das Schuljahr 2017 / 2018 beantragen wir eine zusätzliche 50 % Stelle unter der Voraussetzung, dass wie zu erwarten, eine vierte Ganztagesklasse an der Grundschule Unterföhring gebildet wird.

Für die Sozialarbeit an der Grundschule Unterföhring beantragen wir zu den bestehenden 1,25 Stellen eine Aufstockung des Personals mit einer 50 % Stelle ab dem Schuljahr 2017/2018.

Zusätzlich beantragen wir im Sinne einer langfristigen Planung die Einrichtung einer 25 % Teamleitungsstelle für alle Kolleginnen des KJR München - Land der Sozialarbeit an der Grundschule sowie der Ganztageschule ab dem Schuljahr 2017 /2018.

Begründung Aufstockung Gebundene Ganztageschule:

Durch die Aufstockung auf 2,5 Vollzeitstellen ab dem Schuljahr 2016/2017 und 3,0 Vollzeitstellen ab dem Schuljahr 2017/2018 soll die Gebundene Ganztageschule auch in den kommenden Jahren auf eine tragfähige personelle Basis gestellt werden. Die Erfahrung der beiden letzten Schuljahre

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

hat gezeigt, dass die genannte Aufstockung notwendig ist. Im kommenden Schuljahr wird die Schule 3 Ganztagesklassen (je eine in Jahrgangsstufe 1, 2 und 3) haben. Nur durch die Aufstockung kann - gekoppelt mit den zusätzlichen Lehrerstunden und den Angeboten der Unterföhringer Vereine - weiterhin das gute Differenzierungsangebot in den Ganztagesklassen optimiert werden. Es ist dieses vielfältige Angebot, dass dazu führte, dass die Ganztagesklasse ganz offenbar jetzt in Unterföhring angekommen ist. Erstmals hat die Schule mehr Anmeldungen für die Ganztagesklasse gehabt als sie an Kindern aufnehmen kann. Mit diesen zusätzlichen Stellen für die pädagogische Betreuung wären die personellen Voraussetzungen für die weiterhin hohe Differenzierungsmöglichkeit auch in den kommenden Schuljahren geschaffen.

Begründung Aufstockung Sozialarbeit:

Durch die Aufstockung der Sozialarbeit an der Grundschule Unterföhring um eine 50 % Stelle ab dem Schuljahr 2017/2018 könnte der stetig wachsende Bedarf an Angeboten durch die Sozialarbeit an der Grundschule abgedeckt werden.

Die weiter steigende Gesamtschülerzahl bedingt schon mehr Personal auch in der Schulsozialarbeit. Parallel dazu steigt gleichzeitig die Zahl der Kinder mit besonderem Förderbedarf, da die Entscheidung der Schulart inzwischen bei den Eltern liegt. Sehr viel häufiger ist Einzelbetreuung notwendig um der Gesamtheit der Klasse ein zielgerichtetes Lernen zu ermöglichen. Dieses Tätigkeitsfeld der Schulsozialarbeit gewinnt daher zunehmend auch an der Grundschule an Bedeutung.

Begründung Schaffung einer Teamleitungsstelle an der Grundschule Unterföhring:

Die Leitungsaufgaben für das pädagogische Personal an der Grundschule Unterföhring werden derzeit von der sozialräumlichen Gesamtleitung des KJR München - Land in Unterföhring, Herrn Schramm, aus der offenen Jugendarbeit heraus ausgeführt.

Aufgrund der notwendig wachsenden Mitarbeiterzahl des KJR München -Land an der Grundschule Unterföhring beantragen wir daher die Schaffung einer 25 % Teamleiterstelle vor Ort. Neben Leitungsaufgaben können durch eine solche Schnittstelle auch Ausfälle sowohl in der Sozialarbeit als auch bei den Kolleginnen im Ganztage kompensiert werden. Nur durch eine Verlagerung der Teamleitung direkt an die Schule kann gleichzeitig auch die offene Jugendarbeit entlastet werden.

Personal/Finanzierung Gebundene Ganztagesklasse:

Schuljahr 2016/2017:

Für diese 100% Stelle in der Eingruppierung TVSuE S11 Stufe 3 entstehen voraussichtlich Kosten in Höhe von 56.000 Euro. Die Einnahmen für diese Einrichtung aus staatlichen Zuschüssen erhöhen sich im Schuljahr 2016/2017 von 19.500 auf 25.600 Euro.

Schuljahr 2017/2018:

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Für diese 50% Stelle in der Eingruppierung TVSuE S11 Stufe 3 entstehen voraussichtlich Kosten in Höhe von 28.000 Euro. Die Einnahmen für diese Einrichtung aus staatlichen Zuschüssen erhöhen sich im Schuljahr 2017 /2018 von 25.600 auf 31. 700 Euro.

Personal/Finanzierung Sozialarbeit an der Grundschule:

Schuljahr 2017/2018:

Für diese 50% Stelle in der Eingruppierung TVSuE S 11 Stufe 3 entstehen voraussichtlich Kosten in Höhe von 28.000 Euro. Hierfür kann mit Frist zum 01.03.2017 ein Zuschuss von 50 % beim Landkreis München beantragt werden.

Personal/Finanzierung Teamleitungstelle an der Grundschule: Schuljahr 2017/2018:

Für diese 25% Stelle in der Eingruppierung TVSuE S15 Stufe 3 entstehen voraussichtlich Kosten in Höhe von 15.000 Euro.

Wir bitten um freundliche Genehmigung der stufenweise Einrichtung dieser neuen Stellen und freuen uns auf eine weiterhin so gute Zusammenarbeit.“

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt das gemeinsame Schreiben des KJR und der Grundschule Unterföhring vom 21.06.2016 zu Kenntnis und stimmt der Personalaufstockung zur Sicherung und Optimierung der Betreuung für die Gebundene Ganztageschule sowie für die Sozialarbeit an der Grundschule Unterföhring für wie folgt zu:

Aufstockung Gebundene Ganztageschule

Der Aufstockung auf 2,5 Vollzeitstellen ab dem Schuljahr 2016/2017 und 3,0 Vollzeitstellen ab dem Schuljahr 2017/2018 wird zugestimmt.

Die hierfür insgesamt zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel i.H. v. ca. 84.000,00 € jährlich werden zur Verfügung gestellt und sind entsprechend - auch für die Folgejahre- einzuplanen.

Für das Schuljahr 2016/2017 werden diese Kosten anteilig als überplanmäßige Mittel genehmigt und zur Verfügung gestellt.

Etwaige Zuschussanträge zu den genannten Personalkosten sind beim Landkreis München zu beantragen.

Aufstockung Sozialarbeit an der Grundschule Unterföhring

Der Aufstockung der Sozialarbeit an der Grundschule Unterföhring um eine 50 % Stelle ab dem Schuljahr 2017/2018 wird zugestimmt.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die hierfür insgesamt zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel i.H. v. ca. 28.000,00 € jährlich werden zur Verfügung gestellt und sind entsprechend - auch für die Folgejahre- einzuplanen.

Etwaige Zuschussanträge zu den genannten Personalkosten sind beim Landkreis München zu beantragen.

Schaffung einer Teamleitungsstelle an der Grundschule Unterföhring

Der Schaffung einer 25 % Teamleiterstelle an der Grundschule Unterföhring ab dem Schuljahr 2017/2018 wird zugestimmt.

Die hierfür insgesamt zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel i.H. v. ca. 15.000,00 € jährlich werden zur Verfügung gestellt und sind entsprechend - auch für die Folgejahre- einzuplanen.

Etwaige Zuschussanträge zu den genannten Personalkosten sind beim Landkreis München zu beantragen.

AZ 21108
Hauptamt

426 20

Konzessions-Stromvertrag und Straßenbeleuchtungsvertrag: Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Bürgermeister erinnert an die Gemeinderatsbeschlüsse vom 10.01.2013, Nr. 902 und vom 13.02.2014, Nr. 1118.

Es wurde festgelegt, dass im Vorfeld zur noch zu prüfenden Übernahme der öffentlichen Straßenbeleuchtung der Stromkonzessionsvertrag mit Wirkung zum 18.08.2018 zu kündigen ist. Der Straßenbeleuchtungsvertrag wurde, angelehnt an die Vertragslaufzeit des Stromkonzessionsvertrages, bis 31.03.2019 verlängert.

Gemäß bestehendem Stromkonzessionsvertrag ist die Vertragslaufzeit 10 Jahre mit einer Verlängerungsoption von zwei mal fünf Jahren, d.h. bis längstens 2027. Kündigungsmöglichkeit ist jeweils zwei Jahre vor dem Auslaufen des Vertrages.

Gemäß bestehendem Straßenbeleuchtungsvertrag ist die Vertragslaufzeit fünf Jahre mit einer Verlängerungsoption von fünf Jahren (begonnen 2008), sofern nicht sechs Monate vor Vertragsablauf gekündigt wird. Mit Schreiben vom 06.06.2016 teilt die Bayernwerk AG mit, dass sie einer Verlängerung (gemäß der Option) bis 2024 unter den bisherigen Konditionen zustimmen würden.

Der Konzessions-Stromvertrag vom 18.08.2008, mit einer Laufzeit von 10 Jahren, muss zwei Jahre vor Ablauf, zum 18.08.2016 schriftlich gekündigt

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

werden. Anderenfalls verlängert er sich um weitere fünf Jahre, bis 18.08.2023, mit einer zweijährigen Kündigungsfrist (Kündigung zum 18.08.2021). Das Gesetzgebungsverfahren in Bezug auf die Ausschreibungen der Konzessionsverträge, Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG), ist momentan in der Novellierung. Das Inkrafttreten der Neuregelungen wird im Sommer 2016 erwartet. Das Ausschreibungsverfahren wird dadurch rechtssicherer gestaltet, ist aber dadurch sehr aufwändig im Verwaltungsweg geworden. So wird z.B. die Abfrage der Kriterien von ca. 40 Fragen auf mindestens 70 Fragen steigen, die zu vergebenden Bewertungspunkte von momentan 1.000 auf ca. 10.000 Bewertungspunkte ansteigen. Ebenso ist der Verfahrensweg von bisher der Bekanntmachung, Interessenbekundung, Angebot, Bewerbergespräche und Vergabe weitaus umfangreicher geworden. Zu vorgenannten Punkten kommen noch hinzu ein Verfahrensbrief (Kriterienkatalog), ein indikatives Angebot, ein zweiter Verfahrensbrief und erst danach ein verbindliches Angebot der Bieter, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Durch den momentan hohen Verwaltungsaufwand, unter Bezugnahme auf die Novellierung des EnWG, schlägt die Verwaltung vor, den Konzessions-Stromvertrag um weitere fünf Jahre zu verlängern, bis zum 18.08.2023.

Der Straßenbeleuchtungsvertrag mit der Bayernwerk AG wurde bis 31.03.2019 verlängert, angelehnt an die Vertragslaufzeit des Konzessions-Stromvertrages. In Bezug dessen soll der Straßenbeleuchtungsvertrag ebenfalls um weitere fünf Jahre verlängert werden. Hintergrund war, lt. den Erfahrungen der Kanzlei BBH, München, dass erst nach Vergabe der Stromkonzession das Anlagevermögen der Straßenbeleuchtung zurück in kommunales Eigentum überführt wird, um im Anschluss im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens den wirtschaftlichsten Anbieter auszuwählen.

Sollte sich der Gemeinderat dazu entscheiden, die Straßenbeleuchtung endgültig in Gemeindeeigentum zu überführen, dann ist folgender zeitlicher Ablauf erforderlich:

1. Ausschreibung der Stromkonzession
2. Überführung der Straßenbeleuchtung in kommunales Eigentum
3. Ausschreibung der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt einer Verlängerung des Konzessions-Stromvertrages mit der Bayernwerk AG (ehemals E.ON) um weitere fünf Jahre bis zum 18.08.2023 zu den gleichen Vertragsbedingungen zu.

In Anlehnung an den Konzessions-Stromvertrag stimmt der Gemeinderat einer Verlängerung des Straßenbeleuchtungsvertrages um ebenfalls weitere fünf Jahre bis zum 31.03.2024 mit den gleichen Vertragsbedingungen zu. Bis spätestens Ende 2021 ist dem Gemeinderat eine aktualisierte Handlungsempfehlung zur Übernahme der öffentlichen Straßenbeleuchtung in kommunales Eigentum vorzulegen.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 13.02.2014, Nr. 1118, wird dahingehend aufgehoben.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

AZ 8610
Bauamt

427 20

**Geothermieprojekt Unterföhring;
Bürgschaft der Gemeinde Unterföhring für die GEOVOL Unterföhring
GmbH**

Der Erste Bürgermeister verweist auf den Beschluss vom 09.07.2009, Nr.G222, in dem die Ermächtigung erfolgte, Antrag auf Genehmigung einer Bürgschaft beim Landratsamt München zu den marktüblichen Konditionen zu stellen.

Am 13.06.2016 wurde vom Geschäftsführer der GmbH, Herrn Lohr, für das Haushaltsjahr 2016 ein zusätzlicher Antrag bei der Gemeinde zur Stellung einer 80-prozentigen Bürgschaft in Höhe von 1.120.000 € zur Absicherung der Kosten für die Mitfinanzierung der Fernwärmebaumaßnahme BA 2016 gestellt, welcher durch das KfW-Programm (erneuerbare Energien) gefördert wird.

Aus rechtlichen Gründen soll nach Genehmigung durch das Landratsamt München von der GEOVOL Unterföhring GmbH eine marktübliche Bürgschaft angefordert werden. Als Ergebnis der Nachfrage wären 0,50 Prozent angemessen.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Bürgschaft für die Wiedernutzbarmachung zu. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, nach Genehmigung des Bürgschaftsvertrags durch das Landratsamt München die Bürgschaft über 80 Prozent der Kreditsumme von 1.400.000 € (Bürgschaft = 1.120.000 €) mit der GEOVOL Unterföhring GmbH abzuschließen.

Die Bürgschaftsprovision wird mit 0,50 Prozent festgesetzt.

AZ 916
Finanzen

428 20

Sanierung Sportzentrum, aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass mit den Vereinen (Nutzer des Sportzentrums) noch eine Abstimmung vor der Sommerpause stattfindet

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

um wie geplant mit der Sanierung Ende September/Anfang Oktober 2016 zu beginnen.

Im Hinblick auf die ersten Erkenntnisse sind in dem beschlossenen Maßnahmenkatalogs (Sanierungskonzept vom 24.07.2014 des Architekturbüros Mader&Gandy, München) notwendige Folgemaßnahmen erforderlich, die durch den Maßnahmenkatalog z. B. fehlende Blitzschutzanlage, Ertüchtigung des Tragwerkes in F30 Ausführung etc. nicht erfasst war.

Aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 12.04.2016 wurde die Gesamtmaßnahme auf rund 7,5 Mio € brutto ohne Baunebenkosten (700 Kostengruppe) gedeckelt.

Aufgrund der erfolgten Bauteilbegutachtungen sowie der formalen Abstimmungen nach aktuell gültiger EnEV (Energieeinsparverordnung) ergeben sich für den beschlossenen Maßnahmenkatalog geschätzte Kosten in Höhe von 7.348.600,- € brutto.

	Maßnahmenkatalog (Stand 24.07.2014 inkl. den daraus resultierenden Folgekosten brutto
Objektplanung SSP planung, Waldkriechen, vom 11.07.2016	5.028.000,00 €
Ing.Büro Wieder – Elektroplanung vom 06.07.2016	957.000,00 €
IB Bauer Vom 11.07.2016	1.363.600,00 €
Gesamt-Kostenschätzung	7.348.600,00 €

Die Vereine wurden am 28.04.2016 aufgefordert bis zum 31.05.2016 ihre Wünsche und Anregungen zur Sanierung des Sportzentrums einzureichen. Dem Gemeinderat liegt hierzu entsprechende Tischvorlage, Stand 01.07.2016, vor, die die Wünsche und Anregungen der Vereine und Nutzer aus der Umfrage vom 28.04.2016 enthält. Die Wünsche und Anregungen beinhalten Maßnahmen wie z.B. Fußbodenheizung für die Gymnastikhalle (ehemalige Ringerhalle), Kühlung der beiden Haupthallen, Umsetzung der Richtlinien für Spiellokale und Spielbedingungen des BTTV (Bayer. Tischtennis-Verbandes), feste Spiegelanlage in der Dreifachhalle sowie Änderung der Waschbecken, damit problemlos eine Wasserflasche befüllt werden kann sowie eine LED-Wand analog der Ringerhalle (Erweiterungsbau). Die Grobkostenschätzung vom 11.07.2016 liegt ebenfalls als Tischvorlage vor.

Die Liste der Vereine wurde der Objektplanung sowie den Fachplanungen zur Kostenermittlung weitergeleitet. Nach der Sommerpause wird diese Kostenermittlung dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Die vorgelegten Nutzerwünsche, Stand 01.07.2016, beinhalten kein Hemmnis für die Fortführung bzw. Umsetzung des Maßnahmenkataloges.

Die Umsetzung des Maßnahmenkataloges, Stand 11.07.2016, beinhaltet keine Abhängigkeiten zu etwaigen Nutzerwünschen.

Nachrichtlich möchte die Verwaltung darauf hinweisen, dass aufgrund des vorliegenden Rahmenterminplanes die Rückbauarbeiten im Bereich der Hallen ab 02.11.2016 beginnen sollen. Die Erstellung der Provisorien für den Betrieb des Fezi's und die Aufrechterhaltung der Hausmeisterwohnung wird nach Genehmigung der Gesamtmaßnahme mit der aktuellen Kostenschätzung, Stand 11.07.2016, und nach erfolgter Ausschreibungsmodalitäten im Sommer 2016 begonnen. Die Traglufthallen werden voraussichtlich im September 2016 aufgestellt. Mit den Vereinsvorständen ist eine zweiwöchige Umzugszeit in die Traglufthallen vereinbart.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Fortführung der Maßnahme – Sanierung Sportzentrum auf der Grundlage der Kostenschätzung, Stand 11.07.2016, in Höhe von 7.348.600,- € brutto zu und ermächtigt die Verwaltung zur Einleitung der notwendigen Ausschreibungsmodalitäten. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Kostenermittlung aller Nutzerwünsche, diese dem Gemeinderat nach der Sommerpause zur Genehmigung vorzulegen.

Im Hinblick auf die Ausschreibungsfristen nach dem neuen Vergaberecht, wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen eu-weiten Ausschreibungen in Paketen vorzubereiten und zu veröffentlichen. Aufgrund des engen Terminplanes wird die Verwaltung ermächtigt nach Wertung der eingegangenen Angebote eine Beauftragung vorzunehmen. Die entsprechenden Beauftragungen sind dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind bei der Haushaltsstelle 5603.9420 mit 3 Mio. € im Haushaltsjahr 2016 eingeplant.

AZ 621
Bauamt

429 20 Feringahaus, St.-Florian-Str. 2, Einbau von acht Automatiktüren

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 09.07.2015, Nr. 240, in Erinnerung. Der Antrag des Seniorenbeirats, auf Umrüstung aller Türen zu den Gängen der Wohnungen im Feringahaus in elektrische Schiebetüren, wurde vom Gemeinderat genehmigt. Haushaltsmittel in Höhe von 30.000,- € wurden zur Verfügung gestellt.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Im Zuge der geplanten Umsetzung hat sich herausgestellt, dass die vorhandenen acht Türen nicht mit einem zugelassenen Antriebssystem nachgerüstet werden können ohne die bauaufsichtliche Zulassung zu verlieren. Um den bestehenden Antrag des Seniorenbeirats durchzuführen, wird seitens der Baugesellschaft München Land GmbH vorgeschlagen die ca. 8 Jahre alten Türen auszubauen und stattdessen durch zugelassene kraftbetriebe Türen zu ersetzen

Einzigste Lösung wäre, die gerade einmal 8 Jahre alten Türen zu entsorgen und stattdessen durch zugelassenen kraftbetriebe Türen zu ersetzen.

Die Kosten für den Austausch der acht Türen würde sich auf rund 75.000,- € brutto belaufen. Aufgrund der aktuellen Beschlusslage würden ca. 45.000,- € brutto überplanmäßige Haushaltsmittel notwendig werden

Gemäß § 10 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Buchst. c der Geschäftsordnung 2014-2020 in Verbindung mit Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO ist der Gemeinderat für die Genehmigung der überplanmäßigen Ausgaben ab 20.000,- € brutto zuständig.

Beschluss: 19 : 0

Der Gemeinderat stimmt einem Austausch der acht Türen durch zugelassene kraftbetriebe Türen zu.

Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 45.000,- € brutto werden genehmigt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Ebert hat bei diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und war bei der Beratung und Beschlussfassung nicht anwesend.

AZ 622
Bauamt

430 20 Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim; 40. Änderung des Flächennutzungsplanes

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeinde Aschheim mit Schreiben vom 25.05.2016, eingegangen am 07.06.2016, zur 40. Änderung des Flächennutzungsplanes, um Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß 4 Abs. 1 BauGB gebeten hat.

Die entsprechenden Unterlagen, Stand: 14.04.2016, wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt:

Die Gemeinde Aschheim beabsichtigt nun folgende Änderungen vorzunehmen:

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bereich 1

Anpassung/Berichtigung des Flächennutzungsplanes, Gemarkung Aschheim

- ☐ Änderung von „Gewerbegebiet“ in „Sondergebiet Einzelhandel“ für das Grundstück Fl. Nr. 249/1 westlich der Uhlandstraße und nördlich der Ludwig-Thoma-Straße (Erweiterung Aldi)
- ☐ Ziel/Zweck: Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Erhöhung der Verkaufsfläche für den bestehenden Aldi-Markt von bisher 799m² auf 1.200m². Für die erhöhte Verkaufsfläche ist die Ausweisung eines Sondergebietes erforderlich.
- ☐ Hierzu wird derzeit der Bebauungsplan Nr. 086/02/01 aufgestellt.
- ☐ Da das Bebauungsplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB erfolgt, ist keine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich, sondern der Bebauungsplan ist im Wege der Berichtigung anzupassen.

Bereich 2

Flächennutzungsplanänderung, Gemarkung Aschheim

- ☐ Änderung von „Wohnen“ in „Sondergebiet Einzelhandel“ auf Fl. Nr. 244, südlich der Jedovnicestraße, östlich der Feldkirchner Straße und nördlich der Eichendorffstraße
- ☐ Ziel/Zweck: Ausweisung einer Fläche für Einzelhandel (Güter des täglichen Bedarfs, insbesondere Lebensmittel) für die bestehende und langfristig geplante Wohnbebauung östlich und westlich der B471 im Süden Aschheims
- ☐ Verkehrsgünstige Lage an einer Hauptverkehrsstraße mit Einfahrt von der Jedovnicestraße (zieht keinen Verkehr in Wohngebiete)
- ☐ Planung ausreichender Kfz-Stellplätze

Bereich 3

Flächennutzungsplanänderung, Gemarkung Dornach

- ☐ Änderung von „Gewerbegebiet, flächenhaft durchgrünt“ in „Gewerbe- und Sondergebiet Einzelhandel“ auf Fl. Nr. 125/2 der Gemarkung Dornach östlich der Erdinger Landstraße und südlich des Einsteinrings
- ☐ Ziel/Zweck: Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 075/02
- ☐ Schaffung der bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ansiedlung von Einzelhandel auf Fl. Nr. 125/2 mit einer Verkaufsfläche >800m²
- ☐ Der Einzelhandel soll das Dornacher Angebot erweitern und dem Wohnort Dornach sowie den zahlreichen Beschäftigten im Gewerbegebiet Dornach dienen

Beschluss: 20 : 0

Im Rahmen der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Änderung von „Gewerbegebiet“ in „Sondergebiet Einzelhandel“ für das Grundstück Fl. Nr. 249/1 westlich der Uhlandstraße und nördlich der Ludwig-Thoma-Straße (Erweiterung Aldi), zur Änderung von „Wohnen“ in „Sondergebiet Einzelhandel“ auf Fl. Nr. 244, südlich der Jedovnicestraße,

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

östlich der Feldkirchner Straße und nördlich der Eichendorffstraße" sowie zur Änderung von „Gewerbegebiet, flächenhaft durchgrünt" in „Gewerbe- und Sondergebiet Einzelhandel" auf Fl. Nr. 125/2 der Gemarkung Dornach östlich der Erdinger Landstraße und südlich des Einsteinrings werden seitens der Gemeinde Unterföhring keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

AZ 6100
Bauamt

431 20 **Bauleitplanung der Landeshauptstadt München; Änderung des Flächennutzungsplanes, Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1782d Teil 2 sowie Teiländerung der bestehenden Bebauungspläne Nr. 779 und 1728i**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Landeshauptstadt München mit Schreiben vom 13.06.2016, eingegangen am 21.06.2016, zur Änderung des Flächennutzungsplanes, zur Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnung Nr. 1782d Teil 2, sowie zur Teiländerung der Bebauungspläne mit Grünordnung Nr. 779 und 1782i Landschaftspark, um Stellungnahme und Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 4 Abs. 1 sowie 4 Abs. 2 BauGB gebeten hat.

Die entsprechenden Unterlagen wurden den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Bereits im Jahr 2007 erfolgte zum Bebauungsplan Nr. 1782d das Verfahren nach 4 Abs. 1 BauGB (Beteiligung der Behörden). Da sich nun das Konzept geändert hat und im Bereich des BPlanes auch die Errichtung eines Schulcampus' mit Sportpark vorgesehen ist, wird dieses Verfahren wiederholt.

Das Planungsgebiet liegt am westlichen Rand der Messestadt Riem. Die Gesamtgröße des Planungsgebietes beträgt ca. 11, 5 ha. Das Planungsgebiet wird begrenzt durch die Straße „Am Hüllgraben" im Norden, die Paul-Wassermann-Straße im Osten, der Straße „Am Mitterfeld" im Westen und dem Riemer Park im Süden.

Aufgrund der kontinuierlich steigenden Bevölkerungszahl hat der Stadtrat 2013 beschlossen, zu prüfen, ob in der Messestadt Riem zwei Schulen (Realschule und Gymnasium) untergebracht werden können. Auf Grundlage einer 2014 durchgeführten Standortuntersuchung hat der Stadtrat im Dezember 2015 beschlossen, am westlichen Stadtrand der Messestadt Riem (ehemaliger Technologiepark Teil 2) einen Standort für zwei Schulen (fünfzügige Realschule und sechszüliges Gymnasium mit Sportpark) zu entwickeln. Die Bauflächen für das kompakte Schulgebäude mit zwei Sporthallen und Schulschwimmbad, sowie Räume für die Münchener Volkshochschule sind ausschließlich im nördlichen Teil der Joseph-Wild-Straße vorgesehen. Darüber hinaus ist in diesem Teil ein Standort für eine

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Polizei- und Rettungswache und höherwertige Gewerbeflächen vorgesehen. Der Teil südlich der Joseph-Wild-Straße ist als Sportpark, indem ggf. Nebengebäude situiert werden können, vorgesehen.

Der geltende Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung stellt das Planungsgebiet überwiegend als Gewerbefläche sowie im südlichen Teil als ökologische Vorrangfläche dar. Entlang der Straße „Am Hüllgraben“ sowie am westlichen Rand des Planungsgebietes in Nord-Süd-Richtung verlaufen übergeordnete Grünbeziehungen. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird parallel mit der Aufstellung des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 1728d Teil 2 „Schulcampus mit Sportpark“ durchgeführt. Teilbereiche des neuen Planungsgebietes des Bebauungsplanes Nr. 1728d Teil 2 liegen im Umgriff des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 1728i Landschaftspark und Bebauungsplan Nr. 779. Diese rechtsverbindlichen Bebauungspläne werden im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnung Nr. 1728d Teil 2 geändert.

Beschluss: 20 : 0

Im Rahmen der Änderung des Flächennutzungsplanes, zur Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnung Nr. 1782d Teil 2, sowie zur Teiländerung der Bebauungspläne mit Grünordnung Nr. 779 und 1782i werden seitens der Gemeinde Unterföhring keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.

Bezüglich Umfang und Detaillierungsgrad der erforderlichen Umweltprüfung gibt es aus Sicht des Umweltamtes keine Anmerkungen.

AZ 6100
Bauamt

432 20 **Parkraumbewirtschaftungskonzept des Gewerbegebietes östlich der S-Bahnlinie S-8**

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 16.03.2016, Nr. G374, in Erinnerung, mit welchem das Gremium die kostenpflichtige teilweise Vermietung der Tiefgarage oder des Parkhauses an die Gewerbebetriebe im Gewerbegebiet Unterföhring in Form von Firmenkontingenten grundsätzlich nicht ausschloss. Die der Verwaltung beauftragte Befragung der Gewerbebetriebe mit Anzahl der ggfs. anzumietenden Stellplätze sowie die derzeitigen Mietkonditionen in den firmeneigenen Tiefgaragen abzufragen ist mit E-Mail vom 15.06.2016 sowie Erinnerung vom 24.06.2016 erfolgt. Rückmeldeschluss 30.06.2016.

Das Ergebnis der Abfrage wird dem Gremium zur Kenntnis gebracht und bestätigt ein grundlegendes Interesse der Firmen im Gewerbegebiet Unterföhring zur Anmietung von Stellplätzen in den Parkgaragen.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Durch die Projektsteuerung EDR GmbH, Herrn Karg, wurde die in der Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016 bekanntgegebene Gebührenstruktur umliegender Parkhäuser um die Betreiberdaten sowie die Unterhaltskosten mit Beschreibung des Unterhalts (z.B. ständig mit Personal besetzt, o.ä.) ergänzt und wird dem Gremium zur Kenntnis gebracht.

Die Überschlägige Berechnung der geplanten Parkgaragen mit den Aufwandskennzahlen der P + R GmbH ergeben derzeit bei 500 Stellplätzen folgende voraussichtlich jährliche Betriebskosten:

Tiefgarage Bürgerfestplatz	184.000,- €	Tiefgarage (mit Anschluss an die Leitstelle)
Parkhaus Diesel- / Beta-Straße	197.000,- €	Parkhaus (direkt vor Ort personell besetzt)

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass die reine Bauzeit jeweils für die Tiefgarage Bürgerfestplatz sowie für das Parkhaus Diesel-/Beta-Straße zwischen sechs und neun Monate betragen wird. Im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung wird im Rahmen der weiteren Planung der Tief- und Hochgaragen, deren Vernetzung sowie für die frühzeitige Verkehrslenkung die Errichtung eines Verkehrsleitsystems zur Vorwegweisung angeregt. Diese können im Rahmen der anstehenden Straßenbaumaßnahmen entsprechend teilweise (Datennetz Bypass Kreisel Dieselstraße) realisiert werden.

Weiter gibt der Bürgermeister bekannt, dass die auf Vergabevorschlag der Projektsteuerung EDR GmbH vom 07.01.2016 erfolgte Beauftragung der Verkehrsplanung mangels zielführender Zusammenarbeit vorzeitig beendet wurde. Die weitere verkehrliche Beurteilung der Zufahrtssituation beider Standorte Tiefgarage Bürgerfestplatz und Parkhaus Diesel- / Beta-Straße erfolgt als Nachtrag einer Beratungsleistung an das bereits im Vorfeld mit dem Verkehrskonzept zur Verbesserung und Erschließung des Gewerbegebietes östlich der S-Bahn beauftragte Fachplanungsbüro Dr. Brenner Ingenieurgesellschaft mbH.

AZ 1401
Bauamt

Parkraumbewirtschaftungskonzept des Gewerbegebietes östlich der S-Bahnlinie S-8 **Parkhaus an der Diesel-/Beta-Straße; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

433 20

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 21.01.2016, Nr. 321, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

vom 24.11.2015, Nr. 234, vollinhaltlich anschloss. Das Parkhaus mit Tiefgarage am Standort E (zwischen Diesel- und Beta-Straße) ist aus wirtschaftlichen Gründen als Tiefgeschoss auszuführen.
Der Beschluss des Gemeinderates vom 16.04.2015, Nr. 198, (Tiefgarage) wurde dahingehend geändert.

Die Verwaltung wurde beauftragt, eine funktionale Leistungsbeschreibung unter Berücksichtigung folgender Punkte auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen:

- ☐ optimale Ausnutzung der Grundstücksgröße
- ☐ verkehrliche Beurteilung der Zu- und Abfahrten
- ☐ Parkleitsystem mit Einzelerfassung
- ☐ Mögliche Vernetzung mit Parkleitsystem
- ☐ Aufzugsanlage (barrierefrei)
- ☐ Fassadengestaltung (Fassadensystem Systemhersteller, Architekt)
- ☐ Bewirtschaftungskonzept

Der Bürgermeister verweist auf den Tagesordnungspunkt 19 aus heutiger Sitzung, in welchem mitgeteilt wurde, dass die Zusammenarbeit mit dem ursprünglich beauftragten Verkehrsplaner vorzeitig beendet wurde.

Die verkehrliche Beurteilung der Zu- und Abfahrten erfolgt durch die Dr. Brenner Ingenieurgesellschaft mbH, Aalen.

Zur Auslegung der optimalen Ausnutzung der Grundstücksgröße als Rahmenvorgabe der funktionalen Ausschreibung zum Erreichen der beschlossenen 500 Stellplätze findet derzeit eine Abstimmung mit der AMP Parking GmbH, Karlsruhe, statt.

Weiter gibt der Bürgermeister bekannt, dass die P + R Park & Ride GmbH die Erstellung der funktionalen Ausschreibung für Dritte mangels Geschäftsfeld nicht erstellen darf.

Gemäß Prüfbericht der Projektsteuerung EDR GmbH vom 01.06.2015 belaufen sich die Errichtungskosten für eine oberirdische Parkgarage auf 17.000,- € brutto je Stellplatz. Die Kostenannahme für 500 Stellplätze für das Parkhaus Diesel- / Beta-Straße beträgt 10,5 Mio. € brutto und liegt somit über dem Schwellwert von 5.225.000,- € netto. Die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge – Vergabeverordnung- (VgV) sowie der Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) findet Anwendung.

Nachdem die funktionale Ausschreibung und damit die Beauftragung Generalübernehmer (GÜ) eine begründete Sonderform der öffentlichen Auftragsvergabe darstellt, erfolgten zwischenzeitlich Abstimmungen mit der VOB Stelle der Regierung von Oberbayern welche mitgeteilt hat, dass der funktionalen Ausschreibung und GÜ-Vergabe grundsätzlich keine Planung zu Grunde gelegt werden darf. Die Vorgaben sind ausschließlich auf die funktionale Beschreibung begrenzt.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Auf Anregung der Projektsteuerung EDR GmbH, fand am 22.06.2016 eine Abstimmung mit der Rechtsberatung der Gemeinde Unterföhring statt, in welcher die rechtlichen Bedingungen einer funktionalen Ausschreibung nach VgV und GWB nochmals erörtert wurden.

Die rechtliche Stellungnahme des Herrn Dr. Mantler, Lutz Abel Rechtsanwälte, München, vom 07.07.2016 wird dem Gremium zur Kenntnis gebracht.

Im Fazit wird dargestellt, dass Im Ergebnis die Vergaben für Planung und Errichtung des Parkhauses auf Basis von Leistungsbeschreibungen mit Leistungsprogramm an Komplett-/Systemanbieter, die damit auch gewerkeübergreifend als Generalübernehmer (GÜ) fungieren, rechtlich zulässig sind.

Um in diesem Verfahren die zu erwartenden notwendigen Anpassungen, technischen Abklärungen, Leistungsabgrenzungen, Risikozuordnungen etc. vornehmen zu können, ist die Wahl des Verhandlungsverfahrens somit rechtlich zulässig.

Die funktionale Ausschreibung auf Basis der bisherigen Festlegungen wird über die Sommerpause erstellt und anschließend dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.

Eine Beschlussfassung in heutiger Sitzung ist nicht veranlasst.

AZ 621
Bauamt

434

20

Parkraumbewirtschaftungskonzept des Gewerbegebietes östlich der S-Bahnlinie S-8

Tiefgarage am Bürgerfestplatz; Sachstand und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 12.05.2016, Nr. G405, in Erinnerung, mit welchem der Auftragsvergabe der Planungsleistung Tragwerkplanung gemäß Vergabevorschlag der Projektsteuerung EDR GmbH vom 14.04.2016 an das Ingenieurbüro BERK + PARTNER Bauingenieure GmbH, München, zugestimmt wurde.

Weiter wurde den Auftragsvergaben der Planungsleistung Technische Ausrüstung gemäß Vergabevorschlag der Projektsteuerung EDR GmbH vom 14.04.16 an das Ingenieurbüro A+A GmbH & Co.KG, Höhenkirchen sowie dem Ergebnis der Verhandlungsgespräche vom 22.04.2016 sowie dem Vergabevorschlag der Projektsteuerung EDR GmbH, vom 26.04.2016 zur Vergabe der Planungsleistung Ingenieurbauwerke an das Ingenieurbüro Werner Consult Ziviltechnik GmbH, A-1200 Wien, zugestimmt.

Weiter bringt der Bürgermeister die Beschlüsse des Gemeinderates vom 16.04.2015, Nrn. 197 und 199, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

für die Realisierung einer Tiefgarage mit 500 KFZ-Stellplätzen am Bürgerfestplatz an der Jahnstraße (Teilfläche Fl.Nrn. 508, 508/1 und 508/2) ausgesprochen hat. Die Verwaltung wurde beauftragt, alle weiteren Schritte und Maßnahmen zur Realisierung der Parkgaragen in die Wege zu leiten.

Folgende Rahmenbedingungen liegen nach derzeitiger Beschlusslage vor:

- Teilflächen Fl.Nrn. 508, 508/1 und 508/2
- 500 Stellplätze
- Bürgerfestplatz ist zu erhalten
- barrierefrei

Am 23.06.2016 fand der 1. Bauherren-Jour-Fixe mit den beauftragten Planern statt, bei welchem Folgende für die weitere Planung zu beantwortenden Fragen gestellt wurden:

1. Wie ist mit der vorhandenen Stockbahn mit Vereinsgebäude umzugehen?
2. Welche Nutzungsarten sollen auf der Tiefgarage möglich sein?
3. welche Lastklassen werden für das Bürgerfest benötigt?
4. Soll die Beleuchtung wie Bestand wieder hergestellt werden?
5. Wie ist die am Festplatz vorhandene Infrastruktur (Strom, Wasser, Abwasser) umzusetzen?
6. Wie sind die Schnittstellen zum künftigen Feststadl (Soll eine Rampe oder andere notwendige Bauteile in der TG ausgespart werden?)
7. Anzahl an Behindertenstellplätze (EG, UG)
8. natürliche Belüftung
9. Festlegung der Ein- und Ausfahrten

Zu 1. Wie ist mit der vorhandenen Stockbahn mit Vereinsgebäude umzugehen?

Der Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates vom 10.10.2013, Nr. 1037, und vom 16.03.2016, Nr. 361, in Erinnerung, wonach im Rahmen des Sportparks die Realisierung einer Stockschißenhalle untersucht werden soll. Die Stockschißenhalle am derzeitigen Standort ist dann entbehrlich.

Zu 2. Welche Nutzungsarten sollen auf der Tiefgarage möglich sein?

Zur Berücksichtigung der besonderen Anforderungen an die Oberflächenbeschaffenheit wurde im Rahmen der Wiederherstellung und Optimierung des Bürgerfestplatzes mit Email vom 22.06.2016, bis 08.07.2016, eine Abfrage der Unterföhringer Parteien und Vereinen als mögliche Veranstalter durchgeführt. Lediglich die Musikschule Unterföhring e.V. teilte mit E-Mail vom 23.06.2016 mit, dass seitens dieser keine besonderen Anforderungen gestellt werden.

In diesem Zusammenhang wird auf bisherige Veranstaltungen u.a. Sommerfest, Bürgerfest und Sonnenwendfeuer hingewiesen, welche in Form einer Feuerstelle besondere Anforderungen stellt.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Durch Werner Consult Ziviltechniker GmbH; Wien, wird Betonverbundsteinpflaster am besten bewertet.

Mit Stellungnahme der Werner Consult Ziviltechniker GmbH vom 06.07.2016 wurde ergänzt, dass eine Feuerstelle auf dem Bürgerfestplatz nicht ohne weitere besondere Schutzmaßnahmen möglich ist.

Des Weiteren wird die Parkraumerhebung Bürgerfestplatz des Büro Dr. Brenner Ingenieurgesellschaft mbH vom 03.08.2015 in Erinnerung gebracht, mit welcher zur besseren Nutzung / Auslastung des Bürgerfestplatzes die Verdeutlichung der Zufahrtssituation sowie die Markierung von Stellplätzen und Fahrgassen angeregt wird.

Zu 3. Welche Lastklassen werden für das Bürgerfest benötigt?

Der Erste Bürgermeister gibt die Stellungnahme des Ingenieurbüro BERK+PARTNER Bauingenieure GmbH, München, vom 23.06.2016, bekannt, mit welcher die möglichen Lastansätze für die Tiefgaragendecke betrachtet wurden. Es wird seitens der Tragwerksplanung vorgeschlagen, für die Bemessungen eine Flächennutzlast von 10,0 KN/m² und Einzelfahrzeug Schwerlastwagen (SLW 60) anzusetzen. Hierdurch sind verschiedene Szenarien gut abgedeckt. Der Parkplatz kann auf gesamter Fläche mit Fahrzeugen mit je bis 12,0 t Gesamtgewicht planmäßig genutzt werden. Durch die Berücksichtigung eines Einzelfahrzeugs mit 60 t Gesamtgewicht und einer Radlast von 10 t ist gewährleistet, dass der Auf- und Abbau des Bürgerfestes funktioniert und dass in Ausnahmefällen auch ein solcher Schwertransport auf dem Parkplatz stehen kann.

Die Befahrbarkeit mit einem Autokran bis zu 60 t Gesamtgewicht ist ebenfalls möglich. Die Abstützlasten im Gebrauchszustand sind auch bereits bei deutlich leichteren Kränen sehr groß und können nicht vom Bauwerk aufgenommen werden. Diese Abstützlasten können nur durch besondere Maßnahmen, wie z.B. Notabstützung in Verbindung mit Lastverteilung in den Baugrund abgeleitet werden.

Zur Fixierung von Großzelten können Betonblöcke von bis zu 10,0 t oder einer Würfelseitenlänge von 1,58 m auf die Decke gestellt werden.

Zu 4. Soll die Beleuchtung wie Bestand wieder hergestellt werden?

Derzeit befindet sich auf dem Bürgerfestplatz an der Ostseite der Stockbahn und im nord-westlichen Bereich des Bürgerfestplatzes eine Flutlichtanlage mit sieben Masten. Hierdurch besteht eine Grundausleuchtung des Bürgerfestplatzes ab Einfahrt ZDF-Straße bis Stockbahnen. Die Wiedererrichtung sowie der Umfang sind entsprechend festzulegen.

Zu 5. Wie ist die am Festplatz vorhandene Infrastruktur (Strom, Wasser, Abwasser) umzusetzen?

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Bürgerfestplatz verfügt über verschiedene Stromanschlusspunkte an der Nord- und Südgrenze sowie Anschlussschächte im Gelände. Durch die Unterbauung des Bürgerfestplatzes sind die Leitungen entsprechend zu verändern. Hierzu wurde auch Kontakt mit dem derzeitigen Festwirt des Bürgerfestes Unterföhring aufgenommen, welcher folgende Anforderungen mitgeteilt hat:

- ☐ befestigter Untergrund mit einer Tragfähigkeit von 6 t je m². Für die Verankerungen wurde ca. 1,50m Bodentiefe benötigt.
- ☐ Wasser: mindestens zwei Anschlüsse mit zwei Zoll Durchmesser im Bereich Festzelt für Küche und Toilette, 2x 2 Zoll im Bereich der Schausteller.
- ☐ Abwasser 2x Hochtempertaur-Rohre HT 100 Im Bereich Festzelt für Küche und Toilette, 2x Hochtemperatur Rohre HT 100 Schausteller
- ☐ Strombedarf Festzelt mit Bühne 3x250Amp., Schaustellerbereich 2 Verteilerkästen mit je 3x300 Amp. Aufteilung im Kasten: 1 Anschlußleiste max. 3x200Amp., 2 Kraftdose 63 Amp., 5 Kraftdose 32 Amp., 2 Kraftdose 16 Amp., 2 Lichtdose 16 Amp.

Die Bodentiefe der Verankerung mit 1,50 m wurde im Bauherrn-Jour-Fixe nochmals erläutert und aufgrund Sicherheitszuschlag und aufliegender Abdichtung der Tiefgarage zwingend davon abgeraten. Die Errichtung eines Festzeltes kann generell auch in Verbindung mit oberirdischen Gewichten erfolgen.

Es wird seitens Verwaltung angeregt, die Errichtung einer fest installierten Sanitäreanlage in Verbindung mit dem Rampenbauwerk als Ersatz oder Grundausstattung für die wiederkehrende Aufstellung von Sanitärcontainer bei Veranstaltungen zu untersuchen.

Zu 6. Wie sind die Schnittstellen zum künftigen Feststadl (Soll eine Rampe oder andere notwendige Bauteile in der TG ausgespart werden?)

Der Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.10.2014, Nr. 87, in Erinnerung, mit welchem sich das Gremium für den Bürgerfestplatz an der Jahnstraße als Standort für die Realisierung des Feststadl aussprach.

Aufgrund derzeitiger Erkenntnisse zum Raumprogramm und Gestaltung des Feststadls wird angeregt, den künftigen unmittelbaren Anbau an die Tiefgarage (Unterfangung) sowie mögliche Öffnungen zum Zusammenschluss statisch vorzusehen.

Zu 7. Anzahl an Behindertenstellplätze (EG, UG)

Auf Nachfrage wird seitens Landratsamtes München auf die Richtlinien DIN 18024-2 hingewiesen, welche mindesten 1% der Stellplätze vorgibt. Gemäß DIN 18024-2 sind mindestens fünf Behindertenstellplätze vorzusehen.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Es wird empfohlen, durch Anordnung der Behindertenstellplätze die Anzahl der Aufzugsanlagen auf eine festzulegen.

Zu 8. natürliche Belüftung

Aus wirtschaftlichen Gründen des Unterhalts wurde zur Vermeidung technischer Ausrüstung grundsätzlich die Möglichkeit der natürlichen Belüftung untersucht. Hierbei wurden seitens der Objektplanung verschiedene Möglichkeiten untersucht und folgende Möglichkeiten dargestellt:

- Böschungswinkel 33° umlaufend
- Schächte mit freiem Querschnitt

Ein Schemaschnitt zur Darstellung der Belüftungsmöglichkeiten wurde dem Gremium mit Einladung zu heutiger Sitzung zugestellt.

Derzeit werden Angebote für ein Plangutachten der Tiefgaragenlüftung zur Ermittlung des erforderlichen freien Querschnitts zur natürlichen Belüftung eingeholt.

Zu 9. Festlegungen zu den Ein- und Ausfahrten

Auf den Tagesordnungspunkt Nr.19 in heutiger Sitzung wird verwiesen mit welchem mitgeteilt wurde, dass die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Verkehrsplaner beendet wurde. Nachfolgend wird die verkehrliche Betrachtung durch die Dr. Brenner Ingenieurgesellschaft durchgeführt. Eine Bewertung folgender seitens der Objektplanung vorgeschlagenen Varianten liegt derzeit noch nicht vor:

Variante	Bruttogeschossfläche [m²]	Anzahl der Stellplätze
A	12.200	501
B	12.300	501
C	12.250	497

Vorgenannte 3 Varianten wurden dem Gremium zugestellt.

Gemäß E-Mail der Objektplanung Werner Consult Ziviltechniker GmbH, Herr Biffel, vom 01.07.2016 ist nach derzeitigem Stand eine Bauzeit (ohne Behinderungen u.a. Archäologie) von 9 Monaten realistisch. Es wird ergänzend vorgeschlagen, die Baustelle in Teilbereichen herzustellen und abschnittsweise auch die Oberfläche wieder zur Verfügung zu stellen. Sinnvolle Abschnitte können aber erst zu einem späteren Planungsstand konkretisiert werden.

Antrag zur Geschäftsordnung auf getrennte Abstimmung

Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung nach § 22 Abs. 3 auf getrennte Abstimmung. Hierbei soll über den Punkt 6 solitär abgestimmt werden.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss: 20 : 0

Über den Punkt 6 wird solitär abgestimmt. Über die Punkte 1-5 sowie 7-9 wird in einer weiteren Beschlussfassung gesammelt beschlossen.

Folgende Planungsvorgaben sind in der weiteren Planung für die Realisierung der Tiefgarage am Bürgerfestplatz zu berücksichtigen:

Beschlussfassung über Punkt 6

Beschluss: 13 : 7

Ein unmittelbarer Anbau (künftiger Feststadl) an die östliche Außenwand der Tiefgarage mit einem vollständigen Geschoss sowie mögliche Durchbrüche an der Ostwand sind in der Planung zu berücksichtigen.

Beschlussfassung über die Punkte 1-5 sowie 7-9

Beschluss: 19 : 1

Zu 1. Die Stockbahn im Bestand ist in der weiteren Planung nicht zu berücksichtigen und erforderliche Maßnahmen zur Durchführung der Baumaßnahme Tiefgarage in die Wege zu leiten.

Zu 2. Für die Oberflächen EG und UG ist in der weiteren Planung der höchstbelastbare Belag, Variante 4, Betonverbundsteinpflaster, zu Grunde zu legen.

Zu 3. Dem Vorschlag der Tragwerksplanung, dem Ingenieurbüro BERK + Partner, gemäß Schreiben vom 23.06.2016 sowie der Einschränkung als Parkplatznutzung für Fahrzeuge bis 12 t wird zugestimmt und ist in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Zu 4. Eine ausreichende Beleuchtung Stand der Technik (LED) unter Freihaltung der Festplatzfläche ist zu untersuchen und unter zu Grundlegung der Herstellungskosten zur Entscheidung vorzulegen.

Zu 5. Die vorhandene Infrastruktur (Strom, Wasser, Abwasser) ist im Rahmen der Planung zu prüfen, optimieren und umzusetzen. Die Errichtung einer fest installierten Sanitäranlage wird dem Grunde nach zugestimmt. Hierbei ist zur Dimensionierung die Anforderung des Bürgerfestes als Grundlage heranzuziehen. Ein konkreter Standort ist noch zu ermitteln.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Zu 7. Die jeweils fünf Behindertenstellplätze für die Tiefgarage und den Bürgerfestplatz (1% aus 500) sind gebündelt in der Tiefgarage mit einer Aufzugsanlage für die Barrierefreiheit zu planen.

Zu 8. Mindestens entlang der Jahnstraße ist ein flächenbündiger Anschluss herzustellen. Luftschächte (Gitterabdeckungen) zur natürlichen Belüftung sind nach Vorgabe Tiefgaragenlüftung akzeptiert.

Zu 9. Die Festlegung der Ein- und Ausfahrten hat nach verkehrlicher Beurteilung des Verkehrsplaners Dr. Brenner, Aalen, zu erfolgen.

Aufgrund der anstehenden Sommerpause wird die Verwaltung für die sitzungslose Zeit ermächtigt, alle für die Weiterführung der Planungen erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Diese sind dem Gemeinderat in einer seiner kommenden Sitzung zur Kenntnis zu bringen.

AZ 621
Bauamt

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

435

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgaben:

Werbetafel Ströer ggü. Bürgerhaus

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 24.11.2016, Nr. 88, mit welchem dem Bauantrag der Ströer Außenwerbung GmbH & Co. KG zur Errichtung einer einseitigen Großfläche (unbeleuchtet) für allgemeine Produktinformation auf dem Grundstück an der Münchner Straße 66 vom 06.11.2014 aus ortsbildgestalterischen Gründen nicht zugestimmt wurde. Weiter erinnert er an die Anhörung durch das Landratsamt München im selben Fall über welche in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss am 05.05.2016, mit Beschluss Nr. 164, der Beschluss vom 24.11.2016, Nr. 88, aufrecht erhalten und das gemeindliche Einvernehmen nicht erteilt wurde. Mit Bescheid vom 06.08.2015 wurde der Beschluss der Gemeinde durch das zuständige Landratsamt München ersetzt und die entsprechende Baugenehmigung erteilt.

In jüngster Zeit wurde die Verwaltung vermehrt von Bürgern darauf aufmerksam gemacht, dass an der entsprechenden Werbestätte für Zigaretten (be posh. Die E-Zigarette) geworben wird. Vor dem Hintergrund, dass hier täglich Schulkinder auf Ihrem Weg von der Schule zum benachbarten Kinderhort (Münchner Straße 66a) vorbeilaufen, wird diese Werbeanlage und insbesondere die Zigarettenwerbung an diesem Standort als unangebracht angesehen.

Der Bürgermeister verweist in diesem Zusammenhang auch an die Anfrage von Frau Gemeinderätin Schödl aus der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.06.2016 zu diesem Thema.

Das entsprechende Schreiben der Verwaltung vom 28.06.2016 (Postausgang 29.06.2016) an die Betreiber, Ströer Außenwerbung GmbH, Unterhaching, wird verlesen.

Weiter gibt der Vorsitzende das Antwortschreiben der Ströer Außenwerbung GmbH, Herrn Thomas Steiniger, eingegangen per E-Mail am 30.06.2016, bekannt, in welchem Folgendes erklärt wird: „Wir haben schon freiwillig eine Sperre für Zigaretten hinterlegt, eben wegen der Nähe zum Kindergarten. Leider fallen diese E-Zigaretten nicht unter diese Sperre. Es wurde aber der Vermarkter von uns noch mal darauf hingewiesen, dass künftig auch keine Werbung für E-Zigaretten mehr plakatiert wird.“

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

Errichtung von Aufzugsanlagen in die gemeindeeigenen Gebäuden an der Fichtenstraße; Sachstandsbericht

Der Erste Bürgermeister erläutert kurz den Sachverhalt und bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 17.09.2015, Nr. 266, in Erinnerung. Dabei wurde die Errichtung von Aufzugsanlagen an der gemeindeeigenen Wohnanlage Fichtenstraße 1 bis 55 ungerade, beschlossen.

Am 04.03.2016 fand das erste Kick-Off Gespräch mit den jeweiligen Vertretern des Projektsteuerungsbüros Dornier Consulting International GmbH statt.

Darüber hinaus erwägt die GEOVOL alle drei Gebäude primärseitig ans FW-Netz anzuschließen, um die langen Wege des Warmwassers zu verkürzen.

Zwischenzeitlich wurde rechtlich geklärt, dass die Beauftragung eines Generalübernehmer (GÜ) eine begründete Sonderform der öffentlichen Auftragsvergabe darstellt und zulässig ist.

Auf die rechtliche Stellungnahme des Herrn Dr. Mantler, Kanzlei Lutz Abel Rechtsanwälte, München, vom 07.07.2016 wird hingewiesen.

Seitens der Verwaltung ist geplant, dem Gemeinderat nach der Sommerpause einen Rahmenterminplan mit folgender Zielsetzung vorzulegen.

1. Im Herbst 2016 wird mit den entsprechenden vorbereitenden Maßnahmen (z.B. Baustelleneinrichtung, Freimachung der Freiflächen etc.) begonnen werden
2. Vorbereitung der Eu-weiten Ausschreibung durch das Projektsteuerungsbüro Dornier Consulting International GmbH mit der Aufgabenstellung, dass mindestens 3-4 Zeilen in 2017 (ab Frühjahr bis Herbst, witterungsabhängig) und die weiteren 3-4 Zeilen in 2018 fertiggestellt werden müssen.
3. Die Mieterschaft wird vor Beginn jedweder Maßnahmen nach der Sommerpause über den weiteren Ablauf (Rundschreiben) informiert.

Beamer für das Bürgerhaus - Anschaffung 2K-Beamer

Mit Beschluss vom 16.03.2016, Nr. 364 wurde der Kauf eines 4 K Beamers beschlossen.

Nach Besuch der Musikmesse in Frankfurt am 06.04.2016 und Beamerpräsentationen im Saal (Mai und Juni), ergeben sich seitens unserer Technik folgende Gründe für den Kauf eines 2 K Beamers.

Es gibt zur Zeit kaum 4K Produktionen. Der Aufwand, in 4 K zu produzieren ist zur Zeit sehr hoch. Bis 4 K Produktionen einen nennenswerten Marktanteil besitzen, ist möglicherweise der Beamer bezüglich der Anschluss Möglichkeiten und Lampentechnik veraltet.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bei Beamern mit 4 K Auflösung ist die Auswahl momentan eingeschränkt. Bei der Verwendung eines 2 K Beamers kann auf eine erprobte Technik zurückgegriffen werden, zudem ist 2 K nach Aussage der Filmgesellschaften der aktuelle Kinostandard.

Ein hochauflösendes 4 K Bild sollte möglichst in hoher Qualität zum Beamer gelangen. Das stellt aktuell das Problem dar - die Signalübertragung von der Quelle zum Beamer. Hierzu müsste bei einem 4 K Beamer im Bürgerhaussaal eine neue Verkabelung eingebaut werden.

Nicht ersichtlich ist zudem, welches Übertragungssystem sich langfristig durchsetzen wird.

Alle Geräte im Umfeld (Umschalter, Scaler, Formatwandler, Audio Embedder) werden nur eingeschränkt für 4 K angeboten.

Bei der Anschaffung eines 2 K Beamers. reduzieren sich die Kosten auf fast 50 %. Der Beamer ist sofort verfügbar. Mit der aktualisierten Technik wäre ein sehr hoher Standard für die nächsten 15 Jahre garantiert.

Daher wird vorgeschlagen, einen 2 K Beamer anstelle eines 4 K Beamers anzuschaffen.

Das Gremium nimmt diesen Umstand zustimmend zur Kenntnis.

Der Beamer wird im Rahmen der Wartungsarbeiten im August im Saal eingerichtet, eine Testphase wird im Anschluss daran stattfinden. Die Erstellung des Kinoprogrammes richtet sich zeitlich nach den Genehmigungsverfahren für Lizenzen und Aufführungsrechte.

Nachfolge Tengelmann Ahornstraße

Der Verein für Volkswohnungen eG hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die Genossenschaft bestrebt ist, die Gewerbeeinheit möglichst dauerhaft an einen Nahversorger / Discounter zu vermieten. Zudem sind umfassende Sanierungs- und Umbauarbeiten erforderlich, damit ein Nahversorger die Einheit langfristig anmietet. Beides – Genehmigung des Standorts und Planung / Kostenberechnung / Umbau – beanspruchen eine längere Vorlaufzeit.

Der Verein für Volkswohnungen eG hat auch mitgeteilt, dass die Gewerbeeinheit weiterhin zur Nahversorgung an einen Supermarkt vermieten werden wird und keine anderweitige Nutzung oder gar Abbruch / Neubau beabsichtigt.

30. Sitzung des Gemeinderates vom 14.07.2016

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Dienstbeginn neuer Kämmerer

Der Gemeinderat hat sich in seiner Sitzung am 09.06.2016 –dem Vorschlag der Verwaltung folgend- für Herrn Kleebauer als neuen Kämmerer der Gemeinde Unterföhring ausgesprochen.

Herr Kleebauer wird seinen Dienst zum 01.09.2016 beginnen.

Anfragen:

In der heutigen Sitzung werden keine Anfragen getätigt.

Nachdem keine Anfragen aus dem Gremium vorliegen bedankt sich der Vorsitzende bei den Mitgliedern, den Zuhörern und der Presse und schließt die öffentliche Sitzung um 23:30 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer